

## 17. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Oliver Friederici (CDU)**

vom 13. Januar 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Januar 2015) und **Antwort**

#### Regionalbahnhof an der Buckower Chaussee

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Steht der Senat nach wie vor, wie in den Kleinen Anfragen 16/11162 vom 09. Oktober 2007 und 16/11231 vom 16. Oktober 2007 dargelegt, zu der Absicht am Bahnhof Buckower Chaussee im Rahmen des Wiederaufbaus der Dresdner Bahn wieder einen Regionalbahnhof einzurichten?

Frage 2: Wie schätzt der Senat aus heutiger Sicht den Bedarf eines solchen Haltepunktes an der genannten Stelle und wie schätzt die Deutsche Bahn AG dieses Vorhaben ein?

Frage 3: Teilt der Senat die Auffassung des Unternehmensnetzwerkes an der Motzener Straße, wonach das Gewerbegebiet durch einen Regionalbahnhof an der Buckower Chaussee weiter aufgewertet und nachhaltig im Bestand gesichert werden würde?

Frage 4: Welche konkreten Planungen gibt es hierzu bereits bzw. hat der Senat für entsprechende Vorleistungen bereits finanzielle Mittel geleistet?

Antwort zu 1. bis 4.: Wie schon in den Beantwortungen der o.g. Kleinen Anfragen dargelegt, bewertet der Senat den Bau eines Regionalverkehrshaltepunktes Buckower Chaussee – der u.a. vom UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e.V. gefordert wird – positiv. Allerdings wurde der Senat von der Deutschen Bahn AG gebeten, vorerst auf eine konkrete Bestellung dieses Regionalverkehrshaltepunktes an der Dresdener Bahn zu verzichten, um das bekanntermaßen schwierige Planfeststellungsverfahren für den Wiederaufbau des Berliner Abschnitts der Dresdener Bahn nicht zusätzlich zu belasten.

Auf Forderung des Senats hin wurde jedoch von der DB AG ein Plan erarbeitet, der nachweist, dass die Planung der Straßenüberführung Buckower Chaussee dort den späteren Bau von Regionalverkehrsbahnsteigen (Seitenbahnsteige) an den Ferngleisen samt Zugängen und Aufzügen zulässt, ohne die Straßenüberführung oder die Fern- und S-Bahn-Gleise umbauen zu müssen. Finanzielle Mittel musste der Senat für diesen planerischen Nachweis nicht aufwenden.

Berlin, den 27. Januar 2015

In Vertretung

**Christian Gaebler**

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Feb. 2015)